

Münchner Merkur

MÜNCHNER MERKUR

MONTAG, 21. JULI 2025

NR. 165 | 2,70 €



Merkur.de

Ihre App für den ganzen Tag.
Mit Nachrichten aus Ihrer Region,
aus Bayern, Deutschland und der Welt.



Jetzt scannen
und die App
herunterladen!

MÜNCHEN

Baumgärtners Plan als OB

Clemens Baumgärtner ist erst vor wenigen Tagen 49 Jahre alt geworden. An seinem 50. Geburtstag wäre er gerne OB in München. Seiner Heimatstadt. Im Gespräch mit unserer Zeitung verrät der ehemalige Wiesn-Chef und jetzige CSU-OB-Kandidat, wie er die großen Themen Verkehr und Wohnungsbau als Oberbürgermeister angehen würde. Und er hält der grün-roten Stadtregierung viele Versäumnisse in diesen Bereichen vor.

SPORT

Erfolg für die Ewigkeit



Was für ein Kampf: Die deutschen Fußballerinnen sind bei der EM in der Schweiz ins Halbfinale eingezogen. Das Team von Christian Wück gewann gegen Frankreich trotz einer

frühen roten Karte für Kathrin Hendrich mit 6:5 im Elfmeterschießen und spielt nun am Mittwoch gegen Spanien um den Finaleinzug. dpa » SEITEN 25, 26



So sehen Sieger aus!

Das herrschte große Freude: Die Mädchen vom ESV München und die Buben vom TSV

Murnau haben am Sonntag bei Kaiserwetter den 31. Merkur CUP, das größte E-Jugend-Turnier der Welt, gewonnen. Erster Gratulant im Sportpark Unterhaching war

natürlich der Gastgeber – Unterhachings Präsident Mani Schwabl (2. v. re.). Ausführliche Spielberichte folgen in der Mittwochs Ausgabe. Foto: Ulrich Gamel

Debatte über Länge der Ferien

Betreuungsproblem: Bayerns Elternverband kritisiert zu viele freie Tage

München – Die großen Ferien stellen viele Eltern in Deutschland vor Betreuungsprobleme. Die „hohe Anzahl der Ferientage und die damit einhergehende Betreuungsproblematik“ sei „das viel größere Problem für zunehmend mehr Eltern“, sagte Florian Eschstruth, Vertreter des Bayerischen Elternverbands (BEV) im Bundeselternrat, dem RND. Die laufende Debatte über den Ferientermin halte der BEV hingegen für überflüssig.

Jedes Kind, das in Deutschland zur Schule geht, hat 75 Werktage Ferien. Das gilt für alle Bundesländer. Lediglich die Termine für Ferien in den einzelnen Bundesländern unterscheiden sich. „Die Ferienzeit stellt für viele Familien eine organisatorische und finanzielle Herausforderung dar. Sechs Wochen Sommerferien bei durchschnittlich 30 Urlaubstagen pro Jahr lassen sich kaum überbrücken – besonders für Alleinerziehende oder Eltern ohne

familiäres Netzwerk“, hieß es in einer Stellungnahme des Bundeselternrats am Sonntag. Allerdings verlange der Bundesverband keine Verkürzung der Ferien, hieß es.

Auch für Schüler kommen weniger Ferientage nicht infrage: „Das ist die falsche Lösung“, sagte Quentin Gärtner, Generalsekretär der Bundesschülerkonferenz. Vielmehr brauche es eine „anständige Ferienbetreuung“. Die Schulen könnten Kooperati-

onen mit Jugendzentren, Sportvereinen oder anderen außerschulischen Partnern eingehen. „Es ist entscheidend, dass in den Ferien eine Form von Betreuung stattfindet, die qualitativ und pädagogisch hochwertig ist.“

Laut einer Civey-Umfrage für den Sozialverband Deutschland fühlen sich viele Eltern alleingelassen. 70,7 Prozent der Eltern bezeichnen das Betreuungsangebot als „eher zu klein“ oder „eindeutig zu klein“. » KOMMENTAR

DIE KURIOSE

Auferstehung

Für tot erklärt und wieder aufgewacht: In Italien ist ein 78 Jahre alter Mann, für den die Ärzte bereits den Totenschein ausgestellt hatten, nach einer halben Stunde wieder aufgewacht. Der Mann aus der mittelitalienischen Stadt Tarquinia hatte einen Herzstillstand erlitten. Während alle auf den Leichenwagen warteten, schlug er plötzlich die Augen auf.

DIE GUTE

Banksy-Rückkehr

Weil die Nachfrage nach dem Mädchen mit Herzballon so groß war: Das geschredderte Banksy-Kunstwerk mit dem bekannten Motiv kehrt zurück nach München. Wie das Museum of Urban and Contemporary Art an der Hotterstraße gestern mitteilte, ist „Girl Without Balloon“ wieder ab Freitag im MUCa Bunker zu sehen. Quasi mit Ferienbeginn.

WETTER

Vormittag



16 Grad

Mittag



17 Grad

Abend



19 Grad

WELTSPIEGEL

Manager tritt zurück

Erst Ehekrise, nun arbeitslos: Ein US-Manager, dessen Affäre durch Aufnahmen auf einer Videowand bei einem Coldplay-Konzert aufgefliegen ist, hat seinen Rücktritt verkündet. Das Video des Paares, das beim Konzert erpapt wurde, sorgte weltweit für Schlagzeilen. » SEITEN 2 UND 24

LOTTO

Lotto: 4-6-12-35-36-40

Superzahl: 2

Spiel 77: 0068962

Super 6: 681982

13er-Wette: lag noch nicht vor

6 aus 45: lag noch nicht vor

ohne Gewähr

Kundenservice
(089) 5306 222



10030

4 190500 202700

Neues Verbrenner-Verbot

Brüssel – Die EU-Kommission plant nach Angaben der „Bild am Sonntag“ ab dem Jahr 2030 ein Verbrenner-Verbot für Mietwagenanbieter und Firmenflotten. Davon wären 60 Prozent des Neuwagengeschäfts betroffen, wie die Zeitung aus EU-Kreisen erfuhr. Der Rest des Absatzes entfällt auf Privatkunden. EU-weit wurden im vergangenen Jahr 10,6 Millionen Fahrzeuge verkauft. Im Spätsommer will die

EU-Kommission dem Bericht zufolge die Neuregelung vorstellen und auf den parlamentarischen Weg bringen. EU-Rat und EU-Parlament müssen zustimmen.

Der EU-Abgeordnete Markus Ferber (CSU) appellierte an Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, das Vorhaben zu kassieren. Komme die Regelung, würden nur E-Autos angeschafft, um Quoten zu erfüllen, so Ferber in einem Brief. » WIRTSCHAFT

Papst verurteilt Israels Vorgehen in Gaza scharf

Castel Gandolfo – Papst Leo XIV. hat erstmals das Vorgehen der israelischen Streitkräfte im Gazastreifen in aller Schärfe verurteilt. Beim Mittagsgebet an seinem Urlaubsort Castel Gandolfo sagte er am Sonntag: „Ich empfinde tiefen Schmerz über den Angriff israelischer Streitkräfte auf die katholische Kirche in Gaza-Stadt.“ Der Beschuss folge „nach vielen, kontinuierlichen militärischen Angriffen gegen die Zivilbevölkerung und gegen religiöse Stätten in Gaza“. Unter dem Beifall von Tausenden vor der Sommerresidenz forderte Leo XIV. ein Ende der „Barbarei des Krieges“. Die internationale Gemeinschaft rief er auf, dem unverhältnismäßigen Einsatz von Gewalt Einhalt zu gebieten.

Platzek verteidigt Kontakte nach Russland

Berlin – Der frühere Brandenburger Ministerpräsident Matthias Platzek hat seine Kontakte nach Russland verteidigt. Details zu Reisen und Gesprächspartnern auf russischer Seite nannte der SPD-Politiker im Berliner „Tagesspiegel“ aber nicht. Es gehe darum, Kontakte nicht abreißen zu lassen, so Platzek. Zuvor hatten mehrere Medien berichtet, der ehemalige SPD-Vorsitzende sei seit Beginn des Angriffskriegs gegen die Ukraine mehrfach nach Russland gereist. Bei dem Austausch sei es unter anderem um die Frage gegangen, wie der Krieg enden könne, sagte Platzek. Er wies Vermutungen, dass es bei seinen Reisen auch um die Gasversorgung gegangen sein könnte, kategorisch zurück.

SPD hält an Richterinnen fest

Berlin – Vizekanzler Lars Klingbeil (SPD) hält an der Kandidatur von Frauke Brosius-Gersdorf für das Bundesverfassungsgericht fest und fordert eine Wiederholung der Richterwahl im Bundestag. Nachdem die Bedenken seitens der Union gegen Brosius-Gersdorf wegen angeblicher Plagiatsvorwürfe ausgeräumt seien, „können wir die Wahl wieder auf die Tagesordnung des Bundestags setzen“, sagte Klingbeil.

Die Union sieht allerdings keine Eile. „Wir haben keinen Zeitdruck und besprechen das mit der nötigen Ruhe in der Koalition“, sagte ein Sprecher der Unionsfraktion. Der Plagiatsverdacht gegen Brosius-Gersdorf sei nie zentral gewesen bei den Vorbehalten gegen die Kandidatin. „Es bestehen grundsätzliche, inhaltliche Bedenken in der Bundestagsfraktion.“ Der Streit belastet die Koalition seit Tagen.

Klagen auf Cannabis

Acht genehmigte Anbauclubs im Freistaat

München – Rund ein Jahr nach der Legalisierung von Cannabis-Clubs in Deutschland bleibt deren Gründung in Bayern ein Streitthema. Aktuell laufen im Freistaat vier Klageverfahren in der Sache, wie der Verwaltungsgerichtshof auf Anfrage der dpa mitteilte. Die betreffenden Klagen liegen am Verwaltungsgericht München. In drei der vier Verfahren geht es um die Anfechtung von Auflagen zu bereits erteilten Genehmigungen, in einem Fall um die vollständige Ablehnung eines Antrags, wie ein Sprecher des Gerichts erklärte.

Bayern hat inzwischen laut Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) acht Anbauvereinigungen für Cannabis genehmigt. Zwei An-

träge wurden bislang abgelehnt, 19 sind noch in Bearbeitung. Zwölf Anträge wurden von den Antragstellern zurückgezogen. Damit liegt Bayern im Ländervergleich nur auf Platz elf. In Nordrhein-Westfalen beispielsweise wurden schon 83 Anbauvereinigungen genehmigt, in Baden-Württemberg 23.

Nach jahrzehntelanger Diskussion hatte die Ampel-Koalition im Februar 2024 einen neuen Weg in der Drogenpolitik eingeschlagen: Neben der Teillegalisierung des Konsums von Cannabis dürfen seit Juli 2024 auch Cannabis-Clubs genehmigt werden. Diese dürfen, staatlich kontrolliert, unter strengen Auflagen Cannabis anbauen und an ihre Mitglieder abgeben.